GS-SZ-01-113

Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Arbeit Soziales Gesundheit
Beschlussdatum:	19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 112 bis 114 einfügen:
Qualität der Pflege ist dadurch oft schlecht und auf Dauer ist das System nicht ausreichend finanziert. Die meisten Menschen wollen auch im Alter und wenn sie auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind, im vertrauten Wohnumfeld leben bleiben. Heute findet zwei Drittel der Pflege in der eigenen Häuslichkeit statt. Pflegende Angehörige leisten einen sehr hohen Anteil des Pflegegeschehens. Es sind überwiegend Frauen, die die häusliche Pflege übernehmen. Das ist mit dem Anspruch auf eine gleichberechtigte berufliche Teilhabe von Frauen und der hieraus resultierenden Mehrfachbelastung insbesondere der Frauen kaum mehr vereinbar. Zudem lebt eine steigende Zahl der Familien nicht mehr an einem Ort. So wird die Pflege durch Angehörige tendenziell zurückgehen und für viele keine verlässliche Basis für die pflegerische Versorgung mehr darstellen können. Staat und kommunales Gemeinwesen werden zukünftig stärker als bislang für verlässliche Rahmenbedingungen und eine entsprechende Wohn- und Pflegeinfrastruktur Sorge tragen müssen. Wir wollen statt weiterer Großeinrichtungen den umfassenden Ausbau von Alternativen für ein selbstbestimmtes Wohnen mit intensiver Pflege und Unterstützung fördern. Dazu gehören Hausgemeinschaften, Pflegewohngruppen und Wohngemeinschaften genauso wie Mehrgenerationenwohnen oder Wohnen mit Versorgungssicherheit. Damit pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen das für sie passende Angebot finden, schaffen wir einen Rechtsanspruch auf unabhängige Beratung durch eine Fallmanager*in. Dadurch werden die Betroffenen dabei unterstützt, eine passende Versorgung und eine bessere Vernetzung der Angebote vor Ort zu erhalten. Wir wollen Menschen, die Verwandte oder Freunde pflegen, besser unterstützen. Dafür schlagen wir die dreimonatige PflegeZeit Plus und jährlich zehn Tage für akute

Begründung

Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in Deutschland deutlich ansteigen, von derzeit rd. 2,7 Mio. bis 2030 auf 4,7 Mio. Bereits heute leben in Deutschland mehr als zwei Millionen Männer und Frauen über 80 Jahre alleine ohne Angehörige. Expert*innen rechnen damit, dass diese Zahl auf-grund der gestiegenen Lebenserwartung noch deutlich wächst. Heute findet zwei Drittel der Pflege in der eigenen Häuslichkeit statt. Pflegende Angehörige leisten einen sehr hohen Anteil des Pflegegeschehens. Es sind insbesondere Frauen, die zu über 70 Prozent die häusliche Pflege übernehmen. Das ist mit dem Anspruch auf eine gleichberechtigte berufliche Teilhabe von Frauen und der hieraus resultierenden Mehrfachbelastung insbesondere der Frauen kaum mehr vereinbar. Zu Recht wird eine geschlechtergerechte Verteilung der Fürsorge- und Pflegeaufgaben gefordert. Zudem lebt eine steigende Zahl der Familien nicht mehr an einem Ort. Für einen Großteil der Menschen wird daher in Zukunft die heute noch prägende häusliche Pflege durch Angehörige, keine verlässliche Basis mehr darstellen.

Wir GRÜNEN treten dafür ein, dass jeder Mensch, der einen entsprechenden Bedarf hat, die umfassende Pflege und Unterstützung erhält, die es ihm erlauben, möglichst selbstständig und selbstbestimmt zu leben, ganz egal ob er in seiner gewohnten Wohnung, dem Betreuten Wohnen, einer Pflege WG oder einer stationären Pflegeeinrichtung leben will. Hierzu wollen wir die Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Zudem fordern wir den Rechtsanspruch auf ein unabhängiges Fall-Management, damit pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sich in den vielfältigen Angeboten zurechtfinden und die für sie passende Lösung finden.